

Grundsatzpapier der Landesarbeitsgemeinschaft Asyl und Migration „Für eine offene und menschliche Gesellschaft – Migration und Integration als Chance für alle in Sachsen“

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 20. Januar 2017

Beschluss:

1. Der Landesvorstand begrüßt die Initiative der LAG Asyl und Migration und nimmt das vorliegende Grundsatzpapier zur Kenntnis.
2. Der Landesvorstand beteiligt sich an der Meinungsbildung und Debatten in den Kreis- und Stadtverbänden sowie den Landesarbeitsgemeinschaften und den Fraktionen.
3. Der Landesvorstand unterstützt den Diskussionsprozess in Vereinen, Initiativen und Bündnissen.
4. Der Landesvorstand bitte die LAG Asyl und Migration den Entwurf des Grundsatzpapier bis Juni 2017 fertigzustellen.
5. Der Landesvorstand wird zur Beratung am 16. Juni 2017 das Grundsatzpapier beschließen.
6. Das beschlossene Papier wird an die Landtagsfraktion überweisen, als Grundlage der parlamentarischen Arbeit.

Politische Botschaft:

Ziel des Papiers ist es eine geschlossene Position der Partei DIE LINKE zu den Themen Migration und Integration zu formulieren. Eine solche Positionierung gibt es noch nicht. Die Landesverbände anderer Parteien haben derartige Positionierungen bereits vorgelegt. Ausgehend von der Kritik des derzeitigen Status quo – einer Politik der Abschottung, Exklusion von bestimmten Migrant*innen und Asylrechtsverschärfung – wird in dem Papier eine linke Vorstellung von Integration formuliert. Unser Integrationsbegriff meint keine Assimilation, sondern ein gleichberechtigter Zugang aller Menschen zur Gesellschaft. Auf Grundlage humanistischer, demokratischer und emanzipatorischer Werte werden Gesellschaft und Politik gemeinsam gestaltet und entwickelt. Voraussetzung ist der barrierefreie Zugang zu Bildung, Spracherwerb, Arbeitsmarkt, Behörden, Gesundheit und die uneingeschränkte Möglichkeit zur Mitbestimmung. DIE LINKE selbst muss verstärkt Motor für gelingende Integration einerseits, aber auch Plattform und Partnerin für die zahlreichen außerparteilichen Kräfte, die in diesem Sinne wirken, sein.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
Einbeziehung des Beschlusses in die Berichterstattung der Landeszeitung.

Weitere Maßnahmen:

Die Vorlage wurde abgestimmt mit:

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 20. Januar 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Für eine offene und menschliche Gesellschaft – Migration und Integration als Chance für alle in Sachsen.

Als Landesarbeitsgruppe Migrationspolitik stehen wir für eine offene, solidarische, inklusive, emanzipatorische und selbstbestimmte Gesellschaft. Es ist die Bereitschaft aller gefragt, sich einzubringen und für diese Prinzipien einzustehen.

Vielfalt und Pluralität sind für uns die Grundprinzipien einer modernen und aufgeklärten Gesellschaft. An diesen muss sich jedes politische und zivilgesellschaftliche Handeln orientieren.

Deshalb verstehen wir Integration als Prozess gegenseitigen Lernens und Anerkennens.

Integration muss auf Augenhöhe und Zusammenarbeit beruhen. Ein stumpfes Berufen auf einer so genannten „Leitkultur“ oder die Forderung nach stupider Assimilation ist nichts als die unbegründete Furcht vor Veränderung und purer Rechtspopulismus.

Dem stellen wir die Vorstellung einer auf Selbstbestimmung, Solidarität und Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen beruhenden Gemeinschaft entgegen.

Unsere Gesellschaft wird sich zweifelsohne durch Migration verändern. Aus unserer Sicht liegen darin vor allem aber viele Möglichkeiten, um Deutschland und Europa weltoffen und tolerant zu gestalten, neue Wege zu gehen.

Die Interessen von Migrant*innen müssen deshalb gleichberechtigten Einfluss auf alle lebensweltlichen Bereiche haben, beispielsweise Gesundheit, Bildung, Wohnen, Arbeit und Freizeit.

Es braucht neue Formen interkulturellen Austausches, um bei allen Einwohner*innen Verständnis und Akzeptanz für die pluralistische Lebensweisen zu verbessern und zu stärken.

Antihumanistische und unvernünftige Migrationspolitik auf allen Ebenen beenden

Mit Schrecken beobachten wir die antihumanistische Entwicklung der Migrations- und besonders der Asylpolitik in der Europa und Deutschland. Das weltfremde, ungerechte und menschenverachtende Dublin-System der Europäischen Union und die Aufrüstung der Festung Europa lösen keine Probleme, sondern verlagern die Kernpunkte der Migrationsbewegungen an die Europäischen Außengrenzen und führen zu Verelendung und Tod.

Anstatt die notwendigen Schritte einzuleiten, um ankommenden Menschen einen möglichst leichten und gleichberechtigten Start in der neuen Heimat zu ermöglichen, unterhöhlt die Bundesregierung des Recht auf Asyl, schafft keinerlei neue legale Möglichkeiten von Immigration und lässt ein Klima der Ausgrenzung entstehen.

Der Freistaat Sachsen präsentiert sich selbst gern als Beispiel für eine wirtschaftliche Blüte und gelungene Entwicklung seit der Wende. Die Ereignisse der letzten Jahre aber strafen dieses Bild Lügen: Sachsen führt seit Jahren das Länderranking rassistischer und fremdenfeindlicher Übergriffe an, es gibt eine breit aufgestellte und gut vernetzte rechtsradikale Szene - demokratische Teilhabe, zivilgesellschaftliches Engagement und ehrenamtlicher Gestaltungswillen kommen zu kurz. Die Rede von Weltoffenheit und Toleranz Sachsens sind derzeit wenig mehr als Beschwörungs- und Beschwichtigungsfloskel der politischen Entscheidungsträger*innen.

Diese Entwicklung ist unmittelbare Folge einer verfehlten Integrations- und Migrationspolitik sowie dem durch die CDU-geführte Landesregierung verursachten strukturellen Sozial- und Demokratieabbau in Sachsen sowie einer gezielten Schwächung alternativer, liberal links-denkender Strukturen der Zivilgesellschaft.

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass Sachsen Zuwanderung braucht, um gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung weiter fortzuschreiben. Wir stehen deshalb dafür ein, dass sich die Bundesrepublik als Ganzes und insbesondere Sachsen als Einwanderungsland definieren und alle Anstrengungen unternehmen, um ein attraktives und sicheres Ziel von Migration zu sein.

Zuwanderung als Chance ländliche Räume in Sachsen zu stärken

Auch für die Entwicklung der ländlichen Räume und Kommunen in Sachsen muss ein negatives Bild konstatiert werden. Abwanderung, gesellschaftliche Überalterung, der Wegfall und gezielte Abbau von öffentlicher Infrastruktur haben die Lebensqualität und -perspektiven in diesen Gebieten nachhaltig

geschädigt. Rechte und rechtspopulistische Strukturen hingegen konnten sich vielerorts vertiefen und an Einfluss gewinnen.

Gerade hier muss die sächsische Politik umsteuern und infolge dessen klar auf die Chancen von Zuwanderung verweisen. Durch steigende Einwohnerzahlen erhöhen sich die Möglichkeiten der sächsischen Kommunen, um ihre öffentliche Daseinsvorsorge betreiben zu können. Schulen können erhalten oder renoviert, Öffentlicher Nahverkehr ausgebaut und die Lebensqualität aller Bewohner*innen verbessert werden. Darüber hinaus entsteht dadurch neues Leben auf dem Land, die Attraktivität steigt und die Vernetzung der Bürger*innen untereinander kann aus unserer Sicht gestärkt werden.

Start ins neue Leben vereinfachen, Familie und soziale Bindung stärken

Für alle Migrant*innen ist oder war der Schritt in eine neue Heimat und Gesellschaft mit Sorgen und Ängsten verbunden. Es muss deshalb Aufgabe der aufnehmenden Gemeinschaft sein, das heißt aller politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, den Ankommenden einen möglichst einfachen und barrierefreien Start zu gewährleisten.

Sowohl die sozialen Kontakte vor Ort als auch die Familie sind die Grundlage, um schnell Anschluss zu finden und in der neuen Heimat anzukommen.

Dabei darf die sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität eines Menschen keinerlei Rolle spielen. Der Begriff von Familie lässt sich nicht nur in einem „klassischen Mutter-Vater-Kind-Denken“ definieren, sondern muss der individuellen Lebenswirklichkeit des/ der Einzel*en Rechnung tragen.

Wir wehren uns entschieden gegen die politische Praxis, den Familiennachzug zu begrenzen. Dies widerspricht nicht nur allen humanistischen Werten, sondern erhöht die Gefahr von sozialer (Selbst-)Ausgrenzung und Vereinsamung. Nicht nur für die Migrant*innen selbst, sondern auch für ihre zurück gelassenen Angehörigen entstehen so weitere Ängste und ganz reale existentielle Gefahren, denen es entgegenzuwirken gilt.

Integration durch demokratische und politische Teilhabe durchsetzen

Der transparente, direkte und barrierefreie Zugang zu gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Angeboten muss für alle Bevölkerungsgruppen uneingeschränkt gelten.

Entsprechend stehen wir als LINKE für eine unmittelbare, demokratische und solidarische Teilhabe aller hier lebenden Menschen an allen gesellschaftlichen Prozessen, unabhängig davon wie lange sie in Deutschland leben. Deshalb gilt auch und besonders für unsere Partei und Partner*innen; aktiv Migrant*innen einzubinden und ihnen ein gesellschaftliches, wie politisches Sprachrohr zu bieten.

Deshalb ist es für uns von enormer Bedeutung, dass Migrant*innen zunächst der Zugang zum kommunalen Wahlrecht gewährt wird, unabhängig ihrer Staatszugehörigkeit und Aufenthaltsstatus.

Als weiterer Schritt muss das allgemeine Wahlrecht für alle auf allen Ebenen als Weg einer integrativen Politik ermöglicht werden.

Die Vertretung der spezifischen Interessen von Migrant*innen und die Möglichkeit der direkten Einflussnahme und Repräsentation im sozialen und politischen Kontext sind Bestandteil der Idee einer gleichberechtigten und emanzipatorischen Gesellschaft.

Ein Austausch von Interessen und die Bildung gemeinsamer Standpunkte von Einheimischen und Migrant*innen wird erleichtert, schafft Räume der Begegnung und ist Teil gelebter Selbstbestimmung und Freiheit. Es ist zynisch die Forderung aufzustellen, dass sich Menschen demokratischen und freiheitlichen Werten verbunden fühlen sollen, ohne diese selbst leben zu können.

Barrierefreier Staat für alle!

Voraussetzung gelebter Teilhabe aller Menschen ist deshalb auch die Anerkennung gesellschaftlicher Veränderung und die Öffnung von staatlichen Institutionen für alle Bevölkerungsgruppen.

Da wir Sachsen als Einwanderungsgebiet begreifen, müssen Bürokratie und die zuständigen Institutionen auch auf die speziellen Bedürfnisse von Migrant*innen ausgerichtet werden.

Wenn von Migrant*innen eine schnelle Aneignung der deutschen Sprache verlangt wird, müssen Behörden ihrerseits in der Lage sein mehrsprachig zu agieren. Die verschiedenen sozialen, kulturellen und sprachlichen Kompetenzen sind daher von größter Bedeutung und müssen stärker gefördert werden.

Die Kompetenzen von Migrant*innen sind Chancen, die Einfluss auf die Ausgestaltung von Behörden haben müssen. Es ist deshalb unumgänglich, dass der berufliche Zugang von Migrant*innen in öffentliche Beschäftigung, beispielsweise Ämter, Justiz und Sicherheitsbehörden, gezielt gefördert wird und sich innerhalb des Personals die verschiedenen Bevölkerungsgruppen abbilden.

Gleichstellung aller Lebens-und Lebensweisen! Selbstbestimmung leben.

Die verfassungsrechtliche Gleichstellung aller Lebens- und Lebensweisen sowie das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung des/der Einzel*en gilt für alle und muss auch von allen respektiert werden. Wir zeigen Sexismus, Diskriminierung und Rassismus die rote Karte.

Zugleich stellen wir uns der rechtspopulistischen Stimmungsmache und rassistisch motivierten Instrumentalisierung von Frauen*- und Freiheitsrechten entschieden entgegen, und wehren uns gegen die Stigmatisierung bestimmter Personengruppen, ethnischer und religiöser Minderheiten.

Die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, das Streiten für die Rechte von LGBTTI*Q, für eine gewalt- und diskriminierungsfreie Gesellschaft sind ein langwieriger Prozess, der die (selbst-)kritische Auseinandersetzung fordert.

Verbunden damit ist der Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen und normative Geschlechterrollen und für nachhaltige gleichstellungspolitische Maßnahmen. Dieser Prozess kann nicht allein von der Aufnahmegesellschaft geführt werden. Daher sind migrantische Selbstvertretungen, sowie gleichstellungs- und queerpolitische Initiativen von unschätzbarem Wert und unsere Bündnispartner*innen. Dafür muss es Kommunikationsräume geben, sind Multiplikator*innen notwendig.

Direkten und kostenfreien Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit eröffnen

Das unmittelbare Medium menschlicher Kommunikation ist und bleibt immer die Sprache.

Deshalb stehen wir dafür, dass den Migrant*innen unabhängig von Status, Bleibeperspektive, religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit oder Wohnsituation sofort und kostenfrei der Spracherwerb ermöglicht wird.

Das Ziel des Spracherwerbs muss sein, ohne Einschränkungen am öffentlichen Leben teilnehmen zu können sowie eine qualifizierte Berufstätigkeit und/oder eine weiterführende Ausbildung aufnehmen zu können.

Neben der Sprache ist der einfache und transparente Zugang zu schulischer und beruflicher Bildung elementarer Bestandteil, um Migrant*innen einen einfachen, gleichberechtigten und selbstbestimmten Start zu ermöglichen. Dabei muss individuell auf die Bedürfnisse und Voraussetzungen verschiedener Gruppen von Migrant*innen eingegangen werden.

Ebenso muss der bürokratische Aufwand bei der Anerkennung bereits vorhandener Bildungs- und Berufsabschlüsse radikal reduziert werden. Es braucht ein neutrales Bearbeitungs- und Vermittlungsverfahren das transparente Anerkennungskriterien schafft und kostenfreie, direkte Spezialisierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten schafft.

Dabei ist uns bewusst, dass dies mit öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Personal verbunden ist. Jedoch sind die daraus zu erwartenden positiven Entwicklungen von vielfach höherer Bedeutung.

Gesundheit als Menschenrecht begreifen!

Gesundheit ist ein Menschenrecht – dies ist Leitlinie unserer Politik. Niemand darf wegen Herkunft, Alter, Geschlechtsidentität oder sozialem Status von gesundheitlicher Versorgung ausgeschlossen werden. Die Realität allerdings sieht anders aus.

Besonders für Migrant*innen ist der uneingeschränkte Zugang zu medizinischer Versorgung mit hohen bürokratischen und praktischen Hürden verbunden.

Insbesondere Geflüchtete sind per Gesetz benachteiligt, zum Beispiel bleibt laut Asylbewerberleistungsgesetz die gesetzlich garantierte und finanzierte medizinische Behandlung und Versorgung in den ersten 15 Monaten des Aufenthalts auf akute Erkrankungen und Schmerzen sowie Schwangerschaft und Geburt beschränkt.

Als LINKE fordern wir, dass alle hier lebenden oder ankommenden Menschen vom ersten Tag an alle Leistungen der Gesundheitsvorsorge zugänglich sind. Die derzeitige Praxis der Ausgrenzung muss deshalb auf allen Ebenen beendet werden.

Die Unterbringung besonders schutzbedürftiger Gruppen muss den speziellen Bedürfnissen angepasst werden, um medizinische, psychologische und soziale Betreuung zu gewährleisten.

Bleibeperspektiven schaffen, Abschiebepaxis beenden!

Abschiebungen sind ein Zwangsmittel, das den Betroffenen mit einem Schlag ihre Lebensperspektive raubt. Menschen werden gewaltsam in Länder geschickt, in denen sie nicht leben wollen, häufig nicht leben können und zu denen sie oft keinerlei Beziehung mehr haben. Die immer restriktivere Abschiebepaxis in Sachsen ist einerseits Resultat von Asylrechtsverschärfungen, andererseits folgt der sächsische Staat damit dem Ruf des rassistischen Mobs auf der Straße.

DIE LINKE positioniert sich grundsätzlich gegen das Zwangsmittel der Abschiebung. Jeder Mensch muss das Recht haben, sich unabhängig von den jeweiligen Migrationsgründen seinen Wohnort frei zu wählen. Dazu braucht es einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zum Prinzip der Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit.

Aus diesem Grund, sind wir solidarisch mit allen, die Zwangsausweisungen abzuwenden versuchen. Dafür braucht es zugängliche Rechtsberatung für Geflüchtete, weit reichende und durchsetzbare Härtefallregelungen und auch zivilgesellschaftliches Engagement wie Kirchenasyl.

Grundsätzlich muss gelten: Straf- und Aufenthaltsrecht müssen getrennt voneinander bleiben.

DIE LINKE Sachsen: Motor gelebter Integration

Die gesellschaftliche und politische Entwicklung der vergangenen Jahre muss für alle zivilgesellschaftliche und politisch engagierte Menschen und Akteur*innen große Besorgnis erregen.

Wir beobachten europaweit das Erstarken rechtskonservativer und -populistischer Kräfte. Auch in Deutschland erleben wir mit dem Erstarken der AfD und dem Abdriften der Unions-Parteien nach rechts und ganz speziell in Sachsen eine Rückkehr zu nationalistischen Bestrebungen.

Gerade Sachsen ist zum Hort von Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Hass geworden. Der Ruf des Freistaates leidet unter fortwährender Gewalt rechter Terroristen, der *gida-Bewegung.

Migrant*innen und Geflüchteten schlagen Verachtung, Vorurteile und Hass entgegen. Menschen, die nicht dem rechtspopulistischen und -konservativen Weltbild entsprechen, erleiden täglich Angst und gewalttätige Übergriffe.

Als DIE LINKE. muss es unsere Aufgabe sein gerade für diese, aber auch für die große, teils schweigende Mehrheit Sprachrohr und Vermittler*in zu sein.

Dazu müssen wir neben unseren politischen Aufgaben ein Selbstverständnis entwickeln und leben, damit uns alle Menschen als Dienstleister*in und Ansprechpartner*in verstehen.

Es muss zum Selbstverständnis der Partei und ihrer Mitglieder gehören, in jeder Situation und Lebenslage allen demokratischen Kräften mit Rat und direkter praktischer Hilfe zur Seite zu stehen.

Dazu gehört auch das stärkere Bemühen unserer Partei Migrant*innen einzubinden und ihnen politische Teilhabe und Repräsentation zu ermöglichen.

Gesellschaftliches Zusammenleben aller Menschen kann nur dann positive Früchte tragen, wenn Räume der Begegnung geschaffen werden, Menschen sich am Arbeitsplatz, beim Sport, kulturellen Angeboten kennenlernen und gemeinsame Erinnerungen schaffen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass in gesellschaftlicher Pluralität aller Lebensbereiche, kultureller Vielfalt und gegenseitiger Anerkennung die Chance liegt, den gesellschaftlichen Rechtsruck einzudämmen und die demokratischen Strukturen zu stärken.

Egal ob Menschen als Schutzsuchende, aus wirtschaftlichen Gründen oder zum Zwecke der Bildung nach Deutschland und Sachsen kommen, sie alle haben es verdient einen barrierefreien Start in ihr neues Leben zu haben.

Gerade für das Land Sachsen liegt in der Zuwanderung verschiedenster Menschen die Chance, eine dauerhaft positive Entwicklung zu fördern, Lebensqualität zu bereichern und öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken.

Als sächsische LINKE und Landesarbeitsgruppe wollen wir die Zusammenarbeit aller im Bereich tätigen demokratischen Kräfte verbessern, eine gleichberechtigte und offene Plattform bieten und aktiv eine Verbesserung der institutionellen und lebensweltlichen Situation von Migrant*innen mitgestalten.

Glossar

- **Integration:** In unserem Sinne ist damit nicht gemeint, dass sich Migrant*innen hiesigen Werten und Gebräuchen unterordnen und diese übernehmen, sondern, dass ein gleichberechtigter Austausch aller Menschen stattfindet. Auf Grundlage humanistischer, demokratischer und emanzipatorischer Werte werden Gesellschaft und Politik gemeinsam gestaltet und entwickelt. Das bedeutet auch eine barrierefreie Gesellschaft für alle Menschen.
- **Migrant*innen:** Mit diesem Begriff sprechen wir bewusst all jene an, die keine umfänglichen Staatsbürgerrechte besitzen, rechtlichen und gesellschaftlichen Restriktionen ausgesetzt sind und aus verschiedensten Gründen ihren dauerhaften Wohnsitz verändert haben/ verändern mussten. Aufgrund ihrer rechtlichen Privilegien meinen wir jedoch nicht Menschen aus EU-Staaten, obwohl wir uns bewusst sind, dass auch diese alltäglicher Diskriminierung ausgesetzt sind. Vielmehr adressieren wir uns an Geflüchtete, Menschen aus den so genannten Drittstaaten und Menschen ohne Papiere/ legalen Aufenthaltsstatus.
- **Einheimische:** Gemeint sind damit alle hier sozialisierten Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, sofern sie über deutsche Staatsbürgerrechte verfügen
- **Dublin-System:** ist die Regelung der Europäischen Union, wonach Anträge auf Asyl und Bleiberecht am Ort des ersten Betretens des Gebiets der Europäischen Union gestellt werden müssen. Praktisch zeigt sich dadurch, dass die große Mehrheit von Geflüchteten an den südlichen Außengrenzen der EU (Griechenland, Portugal, Spanien, Italien) ankommt und dort aufgenommen werden muss.
- **besonders schutzbedürftige Menschen:** Wir orientieren uns an der offiziellen Definition der Europäischen Union. Demnach sind damit gemeint: Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, Menschen mit einer Behinderung, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben (Vgl. EU-Richtlinien 2003/9/EU und 2004/83/EU)
Dabei besteht kein allgemeines, gesichertes Verfahren, um die besondere Schutzbedürftigkeit festzustellen.
- **Gleichstellung der Geschlechter (Geschlechtergerechtigkeit):** ist der Prozess für die tatsächliche und verfassungsrechtliche Gleichstellung der Geschlechter sowie aller Lebens- und Liebesweisen. Gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Verwirklichung, als Teil sozialer Gerechtigkeit, ist dabei das Ziel.
- **LGBTTIQ*:** Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*gender, Trans*identitäre, Intersexuelle und Queere Menschen.
- **Geschlechtergerechte Sprache:** wird als Mittel zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in Schrift und Sprache verstanden. Zugleich wird damit der Versuch unternommen, strukturelle Diskriminierung aufgrund des Geschlechts/Geschlechtsidentität z.B. durch permanente Nichtnennung von Frauen* und LGBTTIQ* und ein männlich dominierten Sprachgebrauch, sichtbar zu machen. Stilistisches Mittel in Wort und Schrift sind u.a. das große I, der Unterstrich und/oder das Sternchen*. So soll die reale geschlechtliche Vielfalt, auch in Sprache und Schrift gleichberechtigt zum Ausdruck kommen.
- **Emanzipation (emanzipatorisch):** Kann u.a. verstanden werden als die Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit im Sinne von Verselbstständigung. Zudem kann damit die Befreiung unterdrückter und/oder benachteiligter Personen/Gruppen gemeint sein. (Quelle: <https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzeptg/151/15107.htm>)

- **Sexismus:** bezeichnet alle Formen der Unterdrückung und Diskriminierung aufgrund des biologischen oder sozialen Geschlechts (Gender).